

**Einfache Anfrage Reimann-Wil:
«Durchgangszentrum für Asylsuchende Thurhof schliessen**

Aufgrund der Zuteilung des Bundesamtes für Flüchtlinge (BFF) muss der Kanton St.Gallen prozentual zu seiner Einwohnerzahl sechs Prozent aller Personen übernehmen, die in der Schweiz ein Asylgesuch stellen. Die Unterbringung und Betreuung von Asylsuchenden ist nach kantonalem Sozialhilfegesetz grundsätzlich eine Aufgabe der Gemeinden. Der Kanton unterstützt sie dabei seit Jahren mit einem Zwei-Phasen-System: Das kantonale Amt für Soziales führt Zentren, in denen die Asylsuchenden die erste Phase ihres Aufenthalts verbringen. Anschliessend erfolgt die Aufnahme durch die Gemeinden. Halbjährlich informiert das Amt die politischen Gemeinden mit dem «Soll-/Ist-Vergleich» darüber, wie viele Asyl Suchende die einzelnen Gemeinden aufgrund ihrer Einwohnerzahl aufnehmen müssen. Die Gemeinde Oberbüren liegt demnach seit Jahren deutlich über dem Soll. Die Bevölkerung hat darunter zu leiden. Immer wieder werden Diebstähle, Belästigungen, Bedrohungen gegenüber Frauen und Kindern, Drogenhandel, Raufhandel und andere Delikte festgestellt, die in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Asylzentrum stehen. Das sind unhaltbare Zustände! Seit 1985 wird der Thurhof in Oberbüren als Zentrum für Asylsuchende genutzt. Aktuell leben dort 87 Personen aus 28 Nationen. Zur Zeit der Balkankrise waren es viele Familien mit Kindern, die um Asyl nachsuchten. Heute sind es vielmehr allein stehende junge Afrikaner. Diese haben angesichts der Zustände in ihren Heimatländern nichts zu verlieren. Sie sind häufig nicht gewohnt oder nicht willens, sich in Schweizer Betreuungs- und Verfahrensstrukturen einzufügen. Daraus folgen bereits während der Dauer der Asylverfahren Schwierigkeiten und Spannungen in den Durchgangszentren, welche auch die Bevölkerung der Region vermehrt zu spüren bekommt.

Die Zahl der Asylsuchenden ist sehr stark rückläufig. Und die zuständigen nationalen und kantonalen Ämter gehen davon aus, dass die Anzahl Asylgesuche in den nächsten Jahren noch weiter zurückgehen wird. Andere Kantone konnten bereits mehrere Asylzentren schliessen. Auch im Kanton St.Gallen sind die Zentren nicht mehr voll ausgelastet. Deshalb ist jetzt eine Schliessung des Thurhofes möglich. Dies ist eine grosse Chance, um das Volk der ganzen Region Oberbüren nach 20 Jahren endlich zu entlasten und von unhaltbaren Zuständen der importierten Kriminalität zu befreien. Auch in umliegenden Gemeinden spürt man die negativen Folgen des Asylzentrums Thurhof immer wieder. Im Gegensatz zu anderen Zentren (z.B. Buchserberg) liegt der Thurhof nur wenige Gehminuten von bewohntem Gebiet. Auch der vom öffentlichen Verkehr gut erschlossene Dorfkern Oberbürens ist in wenigen Minuten zu Fuss zu erreichen. Die in Oberbüren untergebrachten Personen und Angestellten könnten aufgrund der nun freigewordenen Kapazitäten gut auf Asylzentren in weniger dicht besiedelten Gebieten verteilt werden. Dadurch könnten auch finanzielle Mittel eingespart werden.

In diesem Zusammenhang ersuche ich die Regierung um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Ist sich der Regierungsrat bewusst, welche (oben erwähnten) negativen Effekte das Durchgangszentrum Thurhof seit Jahren auf die Bevölkerung der Region hat?
2. Welche zusätzlichen Massnahmen wird die Regierung ergreifen, um dies in Zukunft zu verhindern?
3. Wäre es rein zahlenmässig möglich, die in Oberbüren untergebrachten Personen an anderen Orten unterzubringen?
4. Teilt der Regierungsrat die Meinung, dass das Durchgangszentrum Thurhof in Oberbüren geschlossen werden kann?»

27. Januar 2006

Reimann-Wil